



# Die US-amerikanischen Demokraten am Scheideweg

**MATT BROWNE / JOHN HALPIN / RUY TEIXEIRA**

Oktober 2010

- Die US-amerikanischen Demokraten stehen an einem Scheideweg. Im Jahr 2006 gewannen sie die Mehrheit im US-Kongress. Aufbauend auf diesen Erfolg sicherten sie sich im Wahljahr 2008 mit großer Mehrheit das Repräsentantenhaus, den Senat und gewannen die US-Präsidentenwahlen. Zwei Jahre später sind diese Mehrheiten und damit auch Präsident Obamas Reformagenda bedroht.
- Die Wahlsiege 2006 und 2008 basierten auf: (1) wachsender politischer Desillusionierung sowie der Präsidentschaft von George W. Bush, (2) wachsender Unterstützung in der Wählerschaft für eine stärkere Rolle der Regierung als Hüterin der Finanzwirtschaft und (3) günstige demographische Entwicklungen des Wählerklientel zugunsten der Demokratischen Partei und ihres Kandidaten.
- Die Demokraten in den USA stehen vor neuen Herausforderungen. Die erste Aufgabe besteht darin, Werte und Visionen sowie Handlungsschritte, die der Krise entgegenwirken, zu vermitteln. Die zweite beinhaltet die anhaltende Mobilisierung und Einbeziehung der Wählerschaft in politische Prozesse.



## Inhalt

<b>Übersicht: American Democratic Party .....</b>	<b>2</b>
<b>1. Die Fundamente der Demokratischen Partei .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Aktueller Zustand der Demokratischen Partei .....</b>	<b>3</b>
<b>3. Der demografische Wandel in den USA .....</b>	<b>6</b>
<b>4. Die Zukunftsperspektiven der Demokraten .....</b>	<b>12</b>
<b>5. Schlussbemerkung: Aussichten für einen progressiven transatlantischen Dialog .....</b>	<b>15</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>17</b>



## Übersicht: American Democratic Party

<b>Offizielle Webseiten:</b>	<p>The Democratic National Committee (DNC): <a href="http://www.democrats.org">www.democrats.org</a>;</p> <p>The Democratic Governors' Association (DGA): <a href="http://www.democraticgovernors.org">www.democraticgovernors.org</a>;</p> <p>The Democratic Senatorial Campaign Committee (DSCC): <a href="http://www.dsc.org">www.dsc.org</a>;</p> <p>The Democratic Congressional Campaign Committee (DCCC): <a href="http://www.dccc.org">www.dccc.org</a>;</p> <p>The Democratic Legislative Campaign Committee (DLCC): <a href="http://www.dlcc.org">www.dlcc.org</a>;</p> <p>The Association of State Democratic Chairs (ASDC): <a href="http://www.democrats.org/asdc">www.democrats.org/asdc</a></p>
<b>Name des Parteivorsitzenden:</b>	Governor Tim Kaine
<b>Gründungsjahr:</b>	1828.
<b>Wahlergebnis nationale Wahlen:</b>	<p>2008: Senat: 57 Sitze; Repräsentantenhaus: 257 Sitze</p> <p>2006: Senat: 49 Sitze; Repräsentantenhaus: 233 Sitze</p> <p>2004: Senat: 44 Sitze; Repräsentantenhaus: 202 Sitze</p>
<b>Regierungsbeteiligung:</b>	<p>Präsident Barack Obama wurde am 4. November 2008 zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt und schlug seinen republikanischen Gegner mit 365 zu 173 Wahlmännerstimmen. Mit seinem offiziellen Amtsantritt am 20. Januar 2009 führen die Demokraten nach acht Jahren Abstinenz wieder die Regierungsgeschäfte.</p>

## 1. Die Fundamente der Demokratischen Partei

Die Demokratische Partei der Vereinigten Staaten (*Democratic Party*) wurde 1828 gegründet und führt ihre politischen Grundüberzeugungen auf Thomas Jefferson und Andrew Jackson zurück, die beide als Fürsprecher der »kleinen Leute« auftraten. Trotz dieser Ursprünge war die Demokratische Partei nicht immer die progressivste Partei in den USA. Beispielsweise war es nicht die Demokratische sondern die Republikanische Partei (*Republican Party*) unter Abraham Lincoln, die als erste und am entschiedensten für die Abschaffung der Sklaverei im Land eintrat. Und in der Progressiven Ära (von etwa 1890 bis 1920) übernahmen die Republikaner mit Führungspersonen wie Teddy Roosevelt und Bob LaFollette erneut die Vorreiterrolle bei der Korruptionsbekämpfung, der Reform des Wahlverfahrens, der Eindämmung der Macht des Großkapitals und der Entwicklung von staatlichen Wohlfahrtsprogrammen.

Seit der Ära des *new deal* von Franklin Roosevelt war und ist es aber die Demokratische Partei, die sich dafür einsetzt, die Auswüchse des Kapitalismus zu bändigen, die Wirtschaftsinteressen der Mittel- und Arbeiterschichten zu fördern und auf soziale Gerechtigkeit zu drängen. Die Republikaner andererseits nehmen eine betont unternehmensfreundliche und sozial konservative Haltung an, wodurch sie sich selbst sowohl in Wirtschaftsfragen als auch in sozialen Fragen konsequent rechts der Demokraten positionieren.

## 2. Aktueller Zustand der Demokratischen Partei

Die Demokratische Partei ist keine Mitgliederorganisation, obwohl sich die Bürger der USA in 30 der 50 Bundesstaaten bei ihrer Registrierung im Wählerverzeichnis auch mit einer Parteizugehörigkeit eintragen lassen können. Auf diesem Wege sind etwa 70 Millionen Amerikaner als Demokraten registriert.

Aussagekräftiger für die Einschätzung der Stärke einer Partei ist aber ihre Anhängerschaft bzw. die Parteiidentifikation unter den Bürgern. Da diese Merkmale eng mit dem Wahlverhalten zusammenhängen, sind sie auch leicht messbar. Im Jahr 2009 lag die Identifikation mit der Demokratischen Partei bei

34 Prozent gegenüber 24 Prozent bei den Republikanern.<sup>1</sup> Aber auch diese Zahlen unterschätzen die Stärke der Demokraten, da viele Amerikaner sich gern als »ungebunden« bezeichnen, in Wahrheit aber stark einer bestimmten Partei zuneigen und diese auch immer wieder wählen. Diese »ungebundenen Zugeneigten« sollten als Anhänger gezählt werden (vgl. Petrocik 2009: 562–572). Wenn man sie mitberücksichtigt, lag die Stärke der Demokraten 2009 bei 50 Prozent und die der Republikaner bei 37 Prozent. Darüber hinaus ergaben die Resultate der Parteiidentifikation auf bundesstaatlicher Ebene in mehr als 33 Staaten einen mehr als fünfprozentigen Vorsprung der Demokraten vor den Republikanern, gegenüber nur fünf Staaten, in denen die Republikaner einen entsprechenden Vorsprung vor den Demokraten hatten (vgl. Jones 2010).

Obwohl präzise Zahlen zu Wahlkampfausgaben und -organisation kaum zu ermitteln sind, ist deutlich, dass höhere Spendeneinnahmen und die umstrittene, vom damaligen Vorsitzenden des Democratic National Committee (DNC) und ehemaligem Präsidentschaftskandidaten Howard Dean erdachte und eingeführte 50-Staaten-Strategie den Grundstein für den erheblichen Stimmenzuwachs für die Demokraten im Jahr 2008 gegenüber 2005 legten. Mit der Zuteilung von Parteiresourcen für Parteiorganisation und Wahlkampf auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene in für die Demokraten schwierigen Gegenden wie Nevada, Indiana, Colorado und Virginia war die 50-Staaten-Strategie ein radikaler Bruch mit früheren Vorgehensweisen – bisher wurden die Parteigelder fast ausschließlich für Wahlkampfveranstaltungen in bestimmten Bundesstaaten ausgegeben, die dann mit teurer Werbung überzogen wurden (Bai 2006). Das grundsätzliche Ziel der 50-Staaten-Strategie bestand darin, die Partei durch Organisation im Internet und vor Ort von Grund auf neu aufzubauen, statt sich einzig auf eine kleine Gruppe von Spendern und Parteieliten zu verlassen und die Wahl in einer Handvoll von Orten zu gewinnen. Die Demokraten bemühten sich, ihre Wähler dort anzusprechen und für sich zu gewinnen, wo sie wohnten, insbesondere in wichtigen Hochburgen der

<sup>1</sup> Von Pew ermittelter Jahresdurchschnitt, nachzulesen in Pew Research Center (2010): *Voting Intentions Even, Turnout Indicators Favor GOP*, 1.7.2010. Die Daten von Pew liegen dicht am Durchschnitt aller öffentlichen Umfragen.

Konservativen, wodurch sie der Grand Old Party (GOP) auch in Bezirken und Staaten einen Wahlkampf aufzwingen, in denen die Republikaner bis dahin wenig Gegenwind verspürt hatten. Die 50-Staaten-Strategie erwies sich als erfolgreich, sodass die Demokraten 2006 die Mehrheit im Kongress gewannen und, wichtiger noch, dass Barack Obama 2008 mit 53 Prozent der Stimmen und 28 Staaten hinter sich zum Präsidenten gewählt wurde.

Die sich wandelnde demografische Zusammensetzung der Wählerschaft – die prozentuale Zunahme von erwerbstätigen Frauen, Minderheiten, jüngeren und nichtreligiösen Wählern sowie gebildeten Weißen in Staaten mit mehr städtischen Ballungszentren – ist natürlich günstig für eine »Partei der kleinen Leute« und stärkt die Demokratische Partei ganz erheblich (siehe nächster Abschnitt »Der demografische Wandel in den USA«). Im Gegensatz dazu nimmt die vorwiegend aus älteren, weißen, eher auf dem Land lebenden und bibeltreuen Menschen bestehende Wählerschaft der Republikanischen Partei stetig ab, konzentriert sich immer mehr in bestimmten geografischen Regionen und spielt daher in der politischen Gesamtlandschaft der USA eine immer unbedeutendere Rolle.

Politisch gesehen favorisieren die Amerikaner seit einigen Jahren eindeutig eine maßgeblichere Rolle des Staates als Beschützer vor den Kapriolen der Marktwirtschaft, als Bremse für verantwortungsloses Geschäftsgebaren und als wichtiger Investor in nationale Notwendigkeiten, angefangen von erneuerbaren Energien über eine Modernisierung der Infrastruktur bis hin zum Bildungs- und Gesundheitswesen. Nach der Finanzkrise von 2008 und der immer noch anhaltenden Krise auf dem Arbeitsmarkt, die fast 18 Prozent der Amerikaner zu Arbeitslosen oder Unterbeschäftigten machte, hat das Vertrauen der Amerikaner in das System der freien und deregulierten Marktwirtschaft, das während der Präsidentschaften von Reagan und Bush am höchsten war, immer weiter abgenommen.

Auf diesen Trends aufbauend konnten die Demokraten in den letzten beiden Wahlzyklen mehrere beeindruckende Siege hintereinander verbuchen. Im Jahr 2006 konnten sie den Republikanern die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses abnehmen und 2008 sogar den ersten afroamerikanischen Präsidenten ins Amt wählen. Gleich in den ersten fünf Monaten nach

Obamas Amtsantritt im Jahr 2009 wurde eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, unter anderem zur Regulierung der Banken, zu Konjunkturprogrammen, zu Investitionen in neue Energieprojekte, in notwendige Infrastrukturmaßnahmen und Bildung sowie zu Unterstützungsleistungen für bedürftige Arbeiterfamilien. Nach einem 100 Jahre währenden Kampf fortschrittlicher Kräfte für eine universelle Gesundheitsversorgung gelang es den Demokraten 2010, ein wichtiges Gesetz zur Gesundheitsreform durchzubringen. Für den Finanzsektor führten sie das bedeutendste Regulierungsgesetz seit den Tagen Franklin Delano Roosevelts ein.

Trotz des vorteilhaften Umfeldes, das sich in den letzten Jahren entwickelt hat, kommen auf die Demokraten kurzfristig große Herausforderungen zu, die leicht die günstigen Zukunftsaussichten trüben oder ganz zunichte machen könnten. Fast unmittelbar nach Obamas Amtseinführung und den ersten legislativen Erfolgen blies die konservative Rechte zu einem heftigen, wohlkoordinierten Gegenangriff gegen den progressiven Schwung der Obama-Präsidentschaft. Die republikanische Führung im Repräsentantenhaus und im Senat entschied sich für eine zynische, wenn auch effektive, Obstruktionsstrategie. Durch eine vereinte Opposition in beiden Kammern und durch Verfahrenshürden und Verschleppungstaktiken im Senat versuchten sie, die Agenda des Präsidenten und die von ihm ernannten Kandidaten für hohe Regierungämter zu blockieren. Die von der Demagogie von Fox News, Talkradios und bekannten Politikern wie Sarah Palin, Glenn Beck, Rush Limbaugh und Newt Gingrich angeheizte reaktionär-konservative Bewegung verriß jeden einzelnen Schritt Obamas wahlweise als »sozialistisch«, »kommunistisch« oder »faschistisch«. Auch die gerade im Entstehen begriffene sogenannte Tea Party, eine angeblich auf freiheitlichen Idealen aufbauende Widerstandsbewegung an der Parteibasis der Republikaner, die aber faktisch nur eine weitere Splittergruppe der konservativen republikanischen Basis ist, bediente sich dieser Demagogie bei ihrem Widerstand gegen Obamas Vorhaben der Gesundheitsreform und zusätzlicher Finanzhilfen für Staaten mit leeren Kassen sowie Arbeitslose. Selbst die Unternehmer- und Arbeitgeberverbände, die sich bis jetzt nicht gegen Obamas Gesetzgebungsprioritäten gesperrt haben, revoltieren gegen den Präsidenten ganz allgemein, weil sie ihm mangelndes Interesse an den Erfordernissen der Wirtschaft vorwerfen, sowie speziell

gegen neue Regulierungen und mögliche zukünftige Steuererhöhungen.

Inmitten der andauernden Wirtschaftskrise, von der sich die Reichen und Wall Street gut erholt haben, während Arbeitnehmer und Mittelschicht weiterhin unter Stellenabbau und Einkommenseinbußen leiden, haben die Angriffe der Konservativen und der Republikaner auf die Obama-Präsidentschaft zweifellos ihren Tribut gefordert. Präsident Obama ist in der Wählergunst stetig gesunken: von etwa 70 Prozent bei seinem Amtsantritt Anfang 2009 auf 45 bis 47 Prozent Mitte 2010. Und dort, wo die demokratischen Kandidaten bei den letzten Kongresswahlen noch souverän in Führung lagen, liegen sie mittlerweile bestenfalls noch gleichauf. Der 13-prozentige Vorsprung vor den Republikanern, den die Demokraten noch Ende 2009 bei der Identifikation der Wähler mit der Partei hatten, ist mittlerweile um sieben Prozent gesunken (von 49 auf 42 Prozent) (Pew Research Center 2010).

Aufgrund von Zweifeln an ihrer Leistung in der Wirtschaftspolitik sowie von Kritik an ihrem Umgang mit der BP-Ölkatastrophe und an den öffentlichen Ausgaben und Defiziten steigt zudem die öffentliche Unzufriedenheit mit der Regierung immer weiter. Der Gesetzentwurf des Präsidenten zu Energie und Klimawandel hat kaum Aussichten auf Erfolg, genauso wenig wie die Gesetzesvorlagen im Kongress, die Steuersenkungen von Bush aufzuheben oder eine weitere Runde von Konjunkturprogrammen aufzulegen. Progressive Aktivisten und das gerade gebildete Wahlkampfteam von Obama gehen weit weniger enthusiastisch in die Zwischenwahlen als ihre Konkurrenten von der erzkonservativen Tea Party.

Was ist passiert? Warum findet sich die Demokratische Partei in einer solch prekären Situation wieder, nachdem sie zunächst von diesen für sie äußerst günstigen Trends in der US-amerikanischen Politik profitieren konnte?

Erstens lösten trotz der – durch eine ausführliche Umfrage des Progressive Studies Program am Center for American Progress 2009 (Halpin und Agne 2009) belegten – allgemeinen Tendenz der Amerikaner, fortschrittliche Ziele und progressive politische Maßnahmen zu unterstützen, die ersten Schritte der Obama-Administration zum Schutz des Landes vor dem finanziellen Zusammenbruch bei vielen Amerikanern verständlicherweise Verwirrung und Verärgerung aus.

Andauernde Rettungsaktionen für den Banken- und den Automobilsektor und ein massives Konjunkturprogramm mit dem Ziel der Wiederbelebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der Unterstützung in Not geratener Eigenheimbesitzer sowie Arbeitsloser wurden in einem rasanten Tempo durchgeführt, ohne ausreichende Erläuterung, warum diese Schritte notwendig und wie sie in die übergreifende Vision des von den Progressiven und Obama versprochenen Wandels einzuordnen seien. Die fast ein Jahr andauernde Debatte über das Gesundheitswesen trug wenig dazu bei, die Verwirrung der Menschen darüber zu beseitigen, was genau die Regierung im Laufe des kommenden Jahrzehnts in diesem wichtigen Bereich zu tun gedenkt. Angesichts des augenscheinlichen Mangels an wirtschaftlicher Schlüssigkeit erwachte sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten die alte amerikanische Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft zu neuem Leben.

Der zweite und sogar wichtigere Grund ist, dass sich die Wirtschaft nach objektiv und subjektiv begründeten Einschätzungen dahinschleppt. Zwar steigt in den USA das Wachstum stetig, aber Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind seit langem unverändert hoch. Durch die Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise wurde die Kreditvergabe an Kleinunternehmen nicht sonderlich verbessert, und auch der Immobilienmarkt ist nach wie vor schwer angeschlagen. Die Amerikaner und ihr Staat sind massiv verschuldet und müssen ihren Zahlungsverpflichtungen in einer Zeit nachkommen, in der die Gesamtnachfrage rückläufig ist. Den USA stehen ungewisse wirtschaftliche Zeiten bevor, – und das amerikanische Volk ist immer noch zu Recht verärgert und hat Angst vor der Zukunft.

Drittens haben die Obama-Regierung und die Demokratische Partei nicht wahrgenommen, dass ihre Führungspersönlichkeiten und ihre Agenda immer mehr in Verruf gerieten und dementsprechend nichts gegen die konservativen Kräfte unternommen, die versuchten, ihre Position zu unterminieren. Das andauernde Beharren des Präsidenten darauf, eine gemeinsame Basis mit einer Partei finden zu wollen, die seinen Misserfolg als ihren Vorteil betrachtet, lässt die rechte Propagandamaschinerie schon viel zu lange den Tenor der öffentlichen Debatte bestimmen. Statt über die echten Fortschritte Obamas bei der Beseitigung der aus den Bush-Jahren geerbten Probleme und der

Erarbeitung eines neuen wirtschaftlichen Fundaments für die Nation, die er »ein Haus auf einem Felsen«<sup>2</sup> nannte, informiert zu werden, sind die Amerikaner unaufhörlichen böartigen Attacken und Lügen über seine Motive und seine Politik ausgesetzt. Die Demokratische Partei hat der Wahlmaschinerie von Bush und seinem Chefstrategen Carl Rove in den Wahlen von 2008 erfolgreich getrotzt, war aber nach der Regierungsübernahme nicht auf die Fähigkeiten der konservativen US-Medien vorbereitet, die Agenda zu bestimmen, und hatte dem nichts entgegenzusetzen.

Nun sind die kurzfristigen Probleme, denen die Demokraten gegenüberstehen, real und können nicht ignoriert werden. Die Demokraten müssen damit rechnen, bei den Wahlen im November 2010 hohe Verluste einzufahren – Verluste, die sie sogar die Mehrheit in einer Kammer des Kongresses, dem Repräsentantenhaus, kosten könnte. Wenn sich die Wirtschaftslage bis 2011 nicht spürbar bessert, wird auch die Lage für Präsident Obama schwierig und jeder ernstzunehmende republikanische Kandidat ein wirklicher Konkurrent bei den nächsten Wahlen. Trotz dieser düsteren Prognose für die nähere Zukunft legt unsere Analyse der Daten aus der Wahlforschung, aus demografischen Entwicklungen und Meinungsumfragen nahe, dass diese kurzfristigen Trends der letzte Kraftakt einer sich langsam aushöhlenden konservativen und republikanischen Mehrheit in Amerika gegenüber einer konstant ansteigenden progressiven und demokratischen Mehrheit in den nächsten zwei Jahrzehnten sein könnte.

In den nächsten beiden Abschnitten werden diese entstehenden Trends erkundet und dann einige Ideen darüber dargelegt, wie die Demokraten diese Situation sowohl strategisch als auch ideologisch nutzen könnten.

### 3. Der demografische Wandel in den USA

Um zu verstehen, wie eine progressive und demokratische Mehrheit in den Jahren 2006 bis 2008 möglich war und wie sie trotz des konservativen Gegenangriffs auch zukünftig weiter Bestand haben könnte, muss man vor allem die demografischen Veränderungen in den USA verstehen. Sie wurden und werden von einer

<sup>2</sup> Barack Obama in einem Vortrag über die Wirtschaft in der Georgetown University (14.4.2009).

Reihe weitreichender Trends angetrieben, die das konservative Amerika der Reagan-Ära (1980–1988) seither in ein ganz anderes und progressiveres Land verwandelt haben.

#### Minderheiten

Der Anteil der Minderheiten – Afroamerikaner, Hispanoamerikaner und Asiaten – in der US-Wählerschaft steigt immer weiter an. Wahltagsbefragungen zufolge ist dieser Anteil von 2004 bis 2008 von 23 Prozent auf 26 Prozent gestiegen. Noch 1988 betrug er lediglich 15 Prozent. Das bedeutet einen Anstieg um elf Prozentpunkte in 20 Jahren bzw. einen halben Prozentpunkt pro Jahr.<sup>3</sup>

Der Vorteil, den die Demokraten aus dem Anstieg der Wähler aus Minderheiten ziehen konnten, sollte sich noch verstärken, denn es weist nichts darauf hin, dass dieses Wachstum sich verlangsamen wird. In allen zehn hart umkämpften Staaten, die Teixeira und der Demograf William Frey untersuchten (Arizona, Colorado, Florida, Nevada, New Mexico, Ohio, Michigan, Missouri, Pennsylvania und Virginia), stieg der Prozentsatz der Wähler aus den Minderheiten zwischen 2000 und 2006; in Nevada war sogar die spektakuläre Zuwachsrate von einem Prozentpunkt pro Jahr zu verzeichnen. Im ganzen Land nahm die Minderheitsbevölkerung zwischen 2000 und 2008 um etwa 20 Prozent zu, was mehr als vier Fünftel des gesamten Bevölkerungswachstums der USA ausmacht (Frey 2010).

Motor dieses Wachstums sind in erster Linie die Hispanoamerikaner. Ihre Zahl stieg in diesem Zeitraum um 31 Prozent und war damit für mehr als die Hälfte des gesamten US-Bevölkerungswachstums verantwortlich (Frey 2010). Es stimmt natürlich, dass der Anteil der Hispanoamerikaner an der Wählerschaft gegenwärtig nicht ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht, viele nicht die US-Staatsbürgerschaft haben und daher nicht wahlberechtigt sind oder das Wahlalter noch nicht erreicht haben. Nur 42 Prozent der

<sup>3</sup> Die Daten zur Wahl im November 1988 vom Current Population Survey (CPS) und die Wahltagsbefragungen aus demselben Jahr stellen übereinstimmend fest, dass die Stimmen der Minderheiten 1988 nur 15 Prozent ausmachten, unterscheiden sich aber in ihrer Einschätzung, wie stark der Anteil der Stimmen der Minderheiten seitdem gestiegen ist. Laut CPS ist er zwischen 1988 und 2008 um neun Prozentpunkte gestiegen und erreichte bei der letzten Wahl 24 Prozent.

Hispanoamerikaner sind wahlberechtigt, verglichen mit 77 Prozent der nicht-hispanischen Weißen und 66 Prozent der Afroamerikaner (Frey 2009).

Nichtsdestoweniger ist der Anteil der Hispanoamerikaner in der Wählerschaft stetig angestiegen und wird dies auch weiterhin tun. In den frühen 1990er Jahren stellten sie nur zwei Prozent der Wähler, 2008 aber schon neun Prozent, und sie werden vermutlich irgendwann in diesem Jahrzehnt den Anteil schwarzer Wähler übersteigen.<sup>4</sup>

Asiaten sind die andere bedeutende Gruppe, die zum Wachstum der Minderheitsbevölkerung beiträgt. In den 1990er Jahren war ihre Wachstumsrate sogar geringfügig höher als die der Hispanoamerikaner und in den Jahren 2000 bis 2008 lag sie nur knapp darunter (26 Prozent, verglichen mit 31 Prozent bei den Lateinamerikanern) (Frey 2010). Zurzeit stellen sie etwa fünf Prozent der Bevölkerung und zwei Prozent der Wahlberechtigten.<sup>5</sup> Beide Zahlen werden aufgrund der schnellen Wachstumsrate dieser Gruppe in den nächsten zehn Jahren steigen, aber die Auswirkung auf Bevölkerung und Wählerschaft wird weitaus begrenzter sein, da diesem Zuwachs eine sehr viel kleinere Ausgangszahl zugrunde liegt als bei den Hispanoamerikanern.

Auf längere Sicht entwickeln sich die USA rapide zu einer Nation, in der die Minderheiten die Mehrheit bilden. Viele Menschen gehen davon aus, dass die heutigen Minderheiten in Amerika ab dem Jahr 2050 die Mehrheit stellen werden. Aber dies könnte schon früher der Fall sein – den Hochrechnungen auf Basis der Volkszählung von 2008 zufolge schon im Jahre 2042 für die Gesamtbevölkerung und 2023 bereits für die Gruppe der unter 18-Jährigen.<sup>6</sup> Im Jahre 2050 werden

<sup>4</sup> Von den Autoren durchgeführte Analyse von Daten der CPS und Wahltagsbefragungen.

<sup>5</sup> Von den Autoren durchgeführte Analyse von Daten der CPS und Wahltagsbefragungen sowie Frey, a. a. O.

<sup>6</sup> Im Jahre 2009 hat das amerikanische Statistische Amt (Census Bureau) zur »Ergänzung« ihrer Hochrechnungen von 2008 zusätzliche Prognosen veröffentlicht. Das bedeutet, dass die Hochrechnungen von 2008 zwar weiterhin die für allgemeine Zwecke empfohlenen Datenreihen bleiben, aber die ergänzenden Prognosen von 2009 verwendet werden können, um die Auswirkungen verschiedener Immigration szenarien auf künftige Bevölkerungszahlen und -verteilungen einzuschätzen. Von den verschiedenen Szenarien kommt dasjenige mit »niedriger internationaler Netto-Migration« (niedrige NIM), das die Zahl der Immigranten pro Jahr bis 2050 langsam ansteigen lässt, den ursprünglichen Hochrechnungen von 2008 recht nahe und ähnelt auch den Prognosen der Demografen Jeffrey Passel

heutige Minderheiten in den USA tatsächlich 54 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Für das Wachstum der Minderheiten werden vor allem Hispanoamerikaner verantwortlich sein. Ihre Zahl wird sich von heute 47 Millionen bis 2050 auf 133 Millionen verdreifachen, während die Anzahl der nicht-hispanischen Weißen im Wesentlichen gleich bleiben wird. Der prozentuale Anteil der Hispanoamerikaner an der Gesamtbevölkerung wird sich von 15 Prozent auf 30 Prozent verdoppeln. Auch der Anteil der Asiaten wird sich nahezu verdoppeln, von fünf Prozent auf neun Prozent. Im Gegensatz dazu wird der Anteil der schwarzen Bevölkerung nur von 14 Prozent auf 15 Prozent steigen, weshalb die afroamerikanische Bevölkerungsgruppe 2050 nur noch halb so groß wie die hispanischen Ursprungs sein wird. Auch der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung wird prozentual steigen, worin sich das Wachstum der nicht-schwarzen Minderheiten widerspiegelt. Im Jahre 2050 wird etwa ein Fünftel aller Amerikaner im Ausland geboren sein, heute beträgt der Anteil lediglich ein Achtel.

Diese Trends zeigen, dass die rassistisch-ethnische Zusammensetzung der Wahlberechtigten sich weiterhin rapide verändern wird. Der Politikwissenschaftler und Autor Alan Abramowitz hat prognostiziert, dass bei den Wahlen von 2020 die heutigen Minderheiten 34 Prozent der Wähler stellen werden.<sup>7</sup> Wenn Minderheiten ihre gegenwärtigen politischen Neigungen beibehalten, sollte diese Verschiebung

und D'Vera Cohen für das Pew Research Center (»US Population Projections: 2005–2050«, 11 Februar 2008), das auf einer konstanten Zuwanderungsrate im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße basiert. Das Szenario »niedrige NIM« errechnet das Jahr 2045 als den Kreuzungszeitpunkt, an dem die Minderheiten zur Mehrheit werden. Es wird aber auch argumentiert (siehe z.B. William Frey in »Immigration and the Coming »Majority Minority« aus dem Jahr 2010 oder Brookings [19. März 2010]), dass das Szenario der konstanten NIM (in dem die Zahl der Immigranten pro Jahr bis 2050 konstant bleibt) vorzuziehen sei, da es eher der Erfahrung der USA mit Zuwanderungszahlen in den letzten Jahren entspreche. Das konstante NIM errechnet das Jahr 2050 als Kreuzungszeitpunkt, an dem die Minderheiten zur Mehrheit werden. Dieses Jahr wird auch in populärwissenschaftlichen Abhandlungen über die zunehmende Diversität gern zitiert.

<sup>7</sup> Die Prognose von Abramowitz basiert auf einer Datenserie von Wahltagsbefragungen ab 1992, als der sehr geringe Anteil der Wähler aus Minderheiten (13 Prozent) unnormal niedrig gewesen zu sein scheint, was möglicherweise zu einer Überschätzung der Wachstumsrate des Anteils der Minderheiten geführt hat. Setzt man den Anfangspunkt 1988 statt 1992, würde das eine geringere Wachstumsrate bedeuten und daher auch eine niedrigere Schätzung des Anteils der Minderheiten im Jahre 2020 – auf vielleicht 32 Prozent statt 34 Prozent.



innerhalb der Wählerschaft den Demokraten erheblich zugute kommen.

### Weißer Hochschulabsolventen

Die Demokraten schneiden zwar bei der weißen Wählerschaft insgesamt viel schlechter ab als bei der Minderheitsbevölkerung, haben aber in einzelnen weißen Wählergruppen mehr Erfolg als in anderen. Beispielsweise haben sie von den weißen Hochschulabsolventen besonders viele Stimmen erhalten. In dieser Gruppe lag Obama 2008 lediglich vier Prozentpunkte hinter seinem Gegenkandidaten, verglichen mit dem Rückstand von elf Punkten des Demokraten John Kerry 2004 und 20 Punkten des Demokraten Michael Dukakis 1988.

Überdies sind weiße Hochschulabsolventen besonders in den Vororten der dynamischsten Großstadtreionen Amerikas eine wachsende Wählergruppe, die sich eher durch linksliberale Anschauungen auszeichnet und ein starkes Interesse an effektiven öffentlichen Dienstleistungen hat. Ihr Anteil an der Wählerschaft ist seit 1988 um vier Prozentpunkte gestiegen, obwohl der Anteil der weißen Wähler insgesamt abgenommen hat.

Trends aus der jüngsten Zeit legen nahe, dass der Anteil der weißen Hochschulabsolventen an der Wählerschaft insgesamt in der nahen Zukunft weiterhin zunehmen wird, was den Demokraten zugute kommen sollte. In jedem der zehn im Jahre 2008 hart umkämpften Bundesstaaten, die Frey und Teixeira untersuchten, stieg der Prozentsatz der weißen Hochschulabsolventen an der Wählerschaft zwischen 2000 und 2006 an.

Im Gegensatz zum Trend bei den Minderheiten ist bei diesem Trend jedoch keineswegs sicher, wie lange er anhalten wird. Das hängt nämlich entscheidend davon ab, wie lange die Erhöhung des Bildungsniveaus der weißen Erwachsenenbevölkerung den Rückgang des Anteils der Weißen an der Gesamtbevölkerung wettmachen kann, um überhaupt zu einem Nettozuwachs des Anteils der weißen Hochschulabsolventen an der Wählerschaft zu führen. Die Erhöhung des Bildungsniveaus ist wiederum von zwei Faktoren abhängig: zum einen davon, ob und wie schnell die Bildungsabschlüsse junger Weißer – in diesem Fall ein mindestens vierjähriges Studium mit entsprechendem Abschluss – zunehmen, und zum zweiten, wie schnell jüngere Weiße mit höherem Bildungsabschluss ältere mit weniger Bildung ersetzen.

Eine Analyse offizieller Volkszählungsdaten zeigt, dass beide Faktoren weiterhin relevant sind: Das Bildungsniveau jüngerer Weißer steigt noch immer (wenn auch nicht mehr so schnell wie in den 1990er Jahren),<sup>8</sup> und auch die Generationsablösung drückt weiterhin das Bildungsniveau nach oben. Es ist daher wahrscheinlich, dass der Anteil der weißen Hochschulabsolventen an der Erwachsenenbevölkerung noch für einige Zeit steigen wird.<sup>9</sup> Aufgrund der relativ hohen Wahlbeteiligung dieser Gruppe ist zu erwarten, dass es eine anhaltende und bedeutende Zunahme des Anteils der weißen Hochschulabsolventen unter den Wählern geben wird.

Zudem könnte diese prognostizierte Zunahme an weißen Wählern mit Hochschulabschluss sogar stärker sein als sie heute erscheint, da die Zahl der Hochschulabschlüsse möglicherweise durch politische Maßnahmen erhöht werden könnte, wofür es nach Ansicht Paul Ostermans, eines auf Arbeitsmarktfragen spezialisierten Wirtschaftswissenschaftlers am Massachusetts Institute of Technology, reichlich ökonomischen Spielraum gäbe (Osterman 2008).

### Weißer Arbeitnehmer

Im Gegensatz zum Rückhalt der Demokraten bei den weißen Wählern mit Hochschulabschluss hat sich ihr Abschneiden bei den weißen Wählern aus der Arbeitnehmerschicht (hier als Weiße ohne Hochschulabschluss definiert) nur wenig verbessert. Diese Wähler sind häufig eher sozial konservativ eingestellt und geben gern der Regierung die Schuld an ihren langfristigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Bei dieser Wählergruppe lag Obama 2008 mit 18 Prozentpunkten weit hinter seinem Gegenkandidaten zurück, was zwar ein etwas besseres Ergebnis als das von Kerry 2004 (23 Prozentpunkte Rückstand) ist, aber ein etwas schlechteres als das von Al Gore im Jahr 2000 (17 Prozentpunkte Rückstand). Die anhaltenden

<sup>8</sup> Hierfür gibt es zwei Gründe: zum einen haben höhere Prozentsätze der Kohorten von 25- bis 29-jährigen Weißen einen Hochschulabschluss erworben (37 Prozent in den CPS Daten von 2008, gegenüber 34 Prozent im Jahr 2000) und zum anderen machen einige Personen in diesen Kohorten, die mit 25 bis 29 Jahren noch keinen Hochschulabschluss erworben hatten, diesen Abschluss noch später im Leben.

<sup>9</sup> Diese Einschätzung stimmt mit der einer Studie des Statistischen Amtes vom Anfang dieses Jahrzehnts überein, (Cheeseman Day; Bauman 2000), die eine weitere Verbesserung des Bildungsniveaus bis 2028 prognostizierte.

Schwierigkeiten der Demokraten mit der weißen Arbeitnehmerschicht werden noch deutlicher, wenn man bis zum Jahr 1988 zurückblickt. Der Rückstand der Demokraten in den Wählergruppen der weißen Arbeitnehmer und der weißen Hochschulabsolventen war in dem Jahr mit jeweils 20 Prozentpunkten identisch. Im Jahr 2008 betrug dieser Rückstand 18 bzw. vier Prozentpunkte. Folglich hat Obama nur um zwei Prozentpunkte besser als Dukakis bei den Wählern der weißen Arbeitnehmerschicht abgeschnitten, aber 16 Prozentpunkte besser bei den weißen Hochschulabsolventen. Ein beträchtlicher Unterschied.

Die kontinuierlichen Schwierigkeiten der Demokraten mit dieser Wählergruppe fallen jetzt dadurch weniger ins Gewicht, dass diese Gruppe inzwischen sehr viel kleiner geworden ist. Wahltagsbefragungen zufolge ist der Anteil der weißen Arbeitnehmer unter den Wählern seit 1988 um 15 Prozentpunkte gesunken, während der Anteil der weißen Hochschulabsolventen wie oben erwähnt um vier Prozentpunkte und der Anteil der Wähler aus Minderheitsgruppen um elf Prozentpunkte gestiegen ist. Dieses Muster – der starke Rückgang des Anteils weißer Arbeitnehmer bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils von Minderheiten und weißen Hochschulabsolventen in der Wählerschaft – hat sich seit 1988 Wahl für Wahl in allen Bundesstaaten wiederholt, darunter auch in vielen bei der Wahl von 2008 umkämpften Staaten.

Beispielsweise ist seit 1988 der Anteil der weißen Wähler aus der Arbeitnehmerschicht in Florida um 17 Prozentpunkte gesunken, während der Anteil der weißen Hochschulabsolventen um vier Prozentpunkte und der Anteil der Minderheiten um zwölf Prozentpunkte gestiegen sind. Noch spektakulärer ist die Entwicklung in Pennsylvania: Der Anteil der Wähler aus der weißen Arbeitnehmerschicht ist in diesem Zeitraum um 25 Prozentpunkte zurückgegangen, während der Anteil der weißen Hochschulabsolventen um 16 Prozentpunkte und der der Minderheiten um acht Prozentpunkte gestiegen ist. In Ohio, dem als Wechselwählerstaat eine Schlüsselrolle zukam, fiel der Anteil der weißen Wähler aus der Arbeitnehmerschicht zwischen 1988 und 2008 um 15 Prozentpunkte, während der Anteil der weißen Hochschulabsolventen um acht und der der Minderheiten um sechs Prozentpunkte wuchs. Und in Nevada ist der Anteil der weißen Wähler aus der Arbeitnehmerschicht seit der Wahl 1988 um 24 Prozentpunkte gesunken, während der Anteil weißer Wähler mit Hochschulab-

schluss um vier und der der Minderheiten um erstaunliche 19 Prozentpunkte gestiegen ist.

## Die Milleniumsgeneration

Auch andere demografische Trends könnten sich vorteilhaft für die Demokraten auswirken. Die Millenniumsgeneration (Geburtsjahrgänge 1978–2000) stimmten 2008 mit der überwältigenden Spanne von 66 zu 32 Prozent für Obama. In Bezug auf die Identifikation mit der einen oder anderen Partei neigen diese sogenannten Millennials stark zur Demokratischen Partei. Im für die Demokraten schwierigen politischen Umfeld im Jahre 2010 ist der frühere Vorsprung bei der Identifikation mit ihrer Partei insgesamt deutlich gesunken, aber bei den Millennials ist er weiterhin zweistellig (14 Prozentpunkte) (Pew Research Center 2010a). Mitglieder der Millenniumsgeneration vertreten eine Reihe progressiver Positionen zu verschiedenen Themenbereichen, weshalb sie vermutlich weiterhin überwiegend die Demokraten wählen werden (vgl. Madland und Teixeira 2009 sowie Pew Research Center).

Die Millennials unterstützen die gleichgeschlechtliche Ehe, betrachten die Gleichbehandlung der verschiedenen Rassen und Geschlechter als Selbstverständlichkeit, sind tolerant gegenüber der Vielfalt an Religionen und Familienformen, sind der Zuwanderung gegenüber aufgeschlossen und zeigen allgemein wenig Interesse daran, sich über kontroverse gesellschaftliche Probleme der Vergangenheit zu streiten. Auch in außenpolitischen Fragen sind sie bemerkenswert progressiv und favorisieren eher als ältere Generationen eine multilaterale und kooperative Außenpolitik. Mehr als andere Generationen ist die Millenniumsgeneration für einen starken Staat, der in die Wirtschaft eingreift, um sie zu verbessern, der Menschen in Not hilft und der mehr öffentliche Dienstleistungen bereitstellt. Diese Ansichten vertreten sie auch in Bezug auf viele innenpolitische Fragen wie Bildung, saubere Energie und insbesondere die Gesundheitsfürsorge.

An der Gesamtwählerschaft haben die Millennials einen Anteil von 20 Prozent. Diese Zahl wird stetig steigen, da immer mehr von ihnen das Wahlalter erreichen. Etwa 55 Millionen Vertreter dieser Generation hatten 2008 schon das Wahlalter und rund 48 Millionen waren Staatsbürger mit Wahlrecht. Die Anzahl der Millennials im Wahlalter wird bis 2018 jährlich um 4,5 Millionen zunehmen. Wenn im Jahre 2020 die erste Präsident-

schaftswahl stattfindet, bei der alle Millennials das Wahlalter erreicht haben, wird diese Generation 103 Millionen Personen umfassen, von denen etwa 90 Millionen wahlberechtigt sind. Diese 90 Millionen potenziellen Wähler machen dann knapp 40 Prozent des gesamten amerikanischen Wahlvolks aus.<sup>10</sup>

Diese Trends bedeuten, dass der Anteil der Wähler dieser Generation bis 2020 bei jeder Wahl größer wird – zum einen weil jeweils mehr von ihnen wahlberechtigt werden und zum anderen weil die Älteren von ihnen jeweils ein Alter erreichen, in dem ihre Beteiligung an Wahlen wahrscheinlicher wird. Im Wahljahr 2012 wird die Zahl der Millennials im Wahlalter bei 74 Millionen liegen, von denen 64 Millionen wahlberechtigt sind, das entspricht 29 Prozent aller Wahlberechtigten. Unter der Annahme, dass die relativ hohe Wahlbeteiligung dieser Generation anhält (sich aber nicht erhöht), würde das bedeuten, dass 2012 ungefähr 35 Millionen Millennials ihre Stimme abgeben, was geschätzte 26 Prozent aller Wähler wären.

Bis 2016 werden 93 Millionen Millennials das Wahlalter erreicht haben, darunter 81 Millionen Wahlberechtigte, etwa 36 Prozent aller Wahlberechtigten. Circa 46 Millionen von ihnen gehen den Schätzungen nach zur Wahl, womit sie 33 Prozent aller Wähler ausmachen. Und im Jahre 2020 werden von den 90 Millionen wahlberechtigten Millennials wahrscheinlich 52 Millionen tatsächlich wählen, was einem Anteil von 36 Prozent der Gesamtwählerschaft entspricht.

### Andere demografische Trends

Die Unterstützung für die Demokraten ist in der Gruppe der Freiberufler am größten, und diese Gruppe ist auch die am stärksten wachsende Gruppe von Erwerbstätigen in den USA. Die Unterstützung aus dieser Anhängerschaft steigt mit jeder Wahl. Im Jahre 2008 stimmten geschätzte 68 Prozent von ihnen für Obama. Bis 2015 werden Freiberufler etwa ein Fünftel der Erwerbstätigen in den USA ausmachen.

<sup>10</sup> Schätzungen in diesem und dem folgenden Absatz beruhen auf der von den Autoren durchgeführten Analyse der Census National Population Projections von 2008 nach einzelnen Lebensjahren, der Zusammensetzung der Stichprobe der NEP-Wählerbefragung von 2008 sowie der Daten nach einzelnen Lebensjahren des Census Voter Supplement von 2004.

Die US-Demokraten schneiden im Allgemeinen bei den Frauen besser ab als bei den Männern, und dies trifft besonders auf bestimmte Teilgruppen von Frauen zu, z. B. unverheiratete Frauen und Hochschulabsolventinnen. Im Jahre 2008 haben 70 Prozent der unverheirateten Frauen und 57 Prozent der Hochschulabsolventinnen für Obama gestimmt. Diese Gruppen werden immer größer. Unverheiratete Frauen machen heute mit 47 Prozent fast die Hälfte der erwachsenen Frauen aus; 1970 waren es noch 38 Prozent. Hochschulabsolventinnen sind eine besonders schnell wachsende Bevölkerungsgruppe. In den letzten Jahrzehnten hat sich ihre Zahl mehr als verdreifacht, von nur acht Prozent der weiblichen Bevölkerung ab einem Alter von 25 Jahren im Jahre 1970 auf heute 28 Prozent.

Der Anstieg der religiösen Vielfalt, insbesondere die rasante Zunahme der religiös Ungebundenen (von denen 75 Prozent für Obama stimmten), kommt ebenfalls den Demokraten zugute. Keiner Kirche angehörende oder konfessionslose Wähler bilden zusammen mit den nicht-weißen evangelikalen Protestanten die am schnellsten wachsenden »religiösen« Gruppierungen in den Vereinigten Staaten. Von 1944 bis 2004 ist die Zahl der Erwachsenen ohne Religionszugehörigkeit von fünf auf 14 Prozent gestiegen und hat sich damit fast verdreifacht. Es wird prognostiziert, dass im Jahre 2024 etwa 20 bis 25 Prozent der Erwachsenen in den USA keine Religionszugehörigkeit haben werden. Dieser Trend wird zusammen mit dem Wachstum der Bevölkerungsgruppen, die nichtchristlichen Religionen angehören, und den oben ausgeführten rassistisch-ethnischen Trends dafür sorgen, dass die Vereinigten Staaten bei der Wahl von 2016 (oder spätestens 2020) keine mehrheitlich weiße, christliche Nation mehr sein werden. Ein Blick in die fernere Zukunft offenbart, dass weiße Christen 2040 nur noch etwa 35 Prozent der Bevölkerung stellen, und nur etwa ein Drittel davon – eine Minderheit innerhalb einer Minderheit – sind konservative weiße Christen, die ein wesentlicher Teil der Wählerbasis der Republikaner sind.

### Vergleich zwischen der amerikanischen und der europäischen Situation

Dieser demografische Wandel kommt ganz eindeutig der Demokratischen Partei zugute. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die sich herausbildenden Wählerkreise sind eher progressiv einzuschätzen – und in den USA gibt es nur *eine* progressive Partei, – die

Demokratische Partei – für die diese Anhängerschaften ihre Stimme abgeben können. Wird also diese Wählerschaft größer, dann werden die Demokraten dadurch zusätzliche Unterstützung gewinnen.

In Europa ist die Situation jedoch gänzlich anders. Ein einfaches Zwei-Parteien-System wie in den USA, das die Existenz einer einzigen progressiven Partei begünstigt, existiert nirgendwo. Stattdessen sorgen die europäischen Parteiensysteme dafür, dass die Sozialdemokraten in der Regel mit anderen Parteien um die progressiven Stimmen konkurrieren müssen. In der Tat haben sie in vielen Ländern Konkurrenten in drei verschiedenen Nischen des politischen Spektrums: Grüne, radikale Linke und gemäßigte Liberale. Und diese anderen Parteien sind keine leichten Gegner, denn zusammen schneiden sie bei den gerade entstehenden progressiven, demografischen Gruppen überdurchschnittlich gut ab, während die Sozialdemokraten hier im Allgemeinen hinter den Erwartungen zurückbleiben.<sup>11</sup>

Weil es den Mitte-Links-Konkurrenten der Sozialdemokratie gelungen ist, die sich herausbildenden demografischen Gruppen für sich zu gewinnen, konnten sie in den letzten Jahrzehnten einen höheren Stimmenanteil für sich verbuchen, während der Stimmenanteil für die sozialdemokratischen Parteien kontinuierlich sinkt. Bei 13 traditionellen sozialdemokratischen Parteien in Europa lag er in diesem Jahrzehnt bei durchschnittlich 27 Prozent. Diese Zahl bedeutet einen Verlust um vier Prozentpunkte seit den 1980er Jahren. Dagegen haben die übrigen Mitte-Links-Parteien in diesen Ländern ihren durchschnittlichen Stimmenanteil in diesem Zeitraum um fünf Prozentpunkte erhöht und inzwischen 32 Prozent erreicht. Zusammengefasst sind sie jetzt mit etwa 55 Prozent des Mitte-Links-Stimmenanteils stärker als die Sozialdemokratie. Dies ist in etwa eine Umkehrung der Situation der 1980er Jahre, als die Sozialdemokraten noch 53 Prozent des Mitte-Links-Stimmenanteils erhielten.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Eine ausführlichere Erörterung dieses Gesichtspunkts findet sich in Browne et al. 2009.

<sup>12</sup> Auf der Basis von 13 europäischen sozialdemokratischen Parteien, für die eine kontinuierliche Datenbasis seit dem Zweiten Weltkrieg vorliegt: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Analyse der Autoren auf Grundlage der

Die Sozialdemokraten stecken daher in einer Art Zangengriff. Einerseits sinkt der Anteil der traditionellen Arbeitnehmer in der Wählerschaft, die im Laufe der Zeit ihre Stimmen aber ohnehin nicht mehr grundsätzlich den Sozialdemokraten gaben; diese Stimmen gingen im Allgemeinen an rechtsgerichtete Parteien (gelegentlich auch an extrem linksgerichtete Parteien). Seit den 1960er Jahren ist zum Beispiel die Unterstützung der Arbeitnehmerschaft für die Sozialdemokratische Partei in Schweden um 20 Prozentpunkte, in Dänemark um 17 Prozentpunkte und in Großbritannien (Labour Party) um zwölf Prozentpunkte zurückgegangen.<sup>13</sup> Andererseits erhalten die Sozialdemokraten nicht den ihnen sozusagen »gebührenden« Anteil aus den progressiven aufstrebenden Wählerschichten, denn ein großer Anteil davon geht an ihre Mitte-Links-Konkurrenten. Diese Verknüpfung der Trends, die für die gegenwärtigen Probleme der Sozialdemokratie so zentral sind, wird in keiner der sieben im Hintergrundpapier der FES dargelegten Thesen zum Niedergang der Sozialdemokratie deutlich ausgeführt.

Diese Trends sind aber von entscheidender Bedeutung. Unter anderem legen sie nahe, dass die Zukunft der progressiven Politik in Europa nicht einfach mit dem Schicksal der Sozialdemokraten gleichgesetzt werden kann. Wenn neu entstehende politische Parteien, seien sie grün, gelb, rot oder welcher Couleur auch immer, einen größeren Teil der Wählerschaft hinter sich bringen, wird die Zukunft der progressiven Politik in Mehrparteiensystemen davon abhängen, wie groß der gemeinsame Stimmenanteil und die Anzahl der gewonnenen Sitze dieser Gruppe progressiver Kräfte mit überlappenden – oder sogar kaum voneinander zu unterscheidenden – Werten und Programmen ist und damit auch ihre Möglichkeit, eine Regierungskoalition zu bilden. Koalitionsbildungen sind von zentraler Bedeutung bei der Neukonzipierung der Rolle der europäischen Sozialdemokratie.

Mit den sieben Thesen lassen sich – allgemein gesagt – die Probleme, von denen die amerikanischen Demokraten und Progressiven gerade heimgesucht werden, nicht erklären (auch wenn einige der Thesen, wie beispielsweise die über den »Verlust der Diskurshegemonie«, teilweise zur Erklärung herangezogen

Daten in Maschonas 2010 und der Website Parties and Elections in Europe (<http://www.parties-and-elections.de/countries.html>).

<sup>13</sup> Analyse durch die Autoren auf Grundlage der Daten in Maschonas, Gerassimos 2008.

werden könnten). Zum Beispiel ist die »Dahrendorf«-These, in der es heißt, die progressive Politik in Gestalt der Sozialdemokratie habe ihren historischen Zweck erfüllt und sei daher überflüssig geworden, nicht auf die USA anwendbar. Man denke nur an das Versprechen und das Handeln von Präsident Obama, eine für alle Amerikaner zugängliche Gesundheitsfürsorge bereitzustellen, was als Schritt in Richtung einer Vervollständigung des amerikanischen Sozialstaats verstanden werden könnte. In ähnlicher Weise verbinden die Vorhaben der gegenwärtigen Administration, Arbeitsplätze in einer grünen Industrie zu schaffen und Wachstum zu fördern, das Versprechen des sozialen Fortschritts mit einer postmodernen industriellen Agenda für Wirtschaftswachstum.

Und wie die obigen Analysen aufzeigen, hat sich im Grunde auch der politische Handlungsspielraum für die US-Demokraten nicht »verengt«. Anders als in Europa, wo viele christdemokratische und Mitte-Rechts-Parteien die wichtigsten Grundsätze sozialdemokratischen Denkens übernommen haben, oder zumindest versucht haben, sie zu vereinnahmen, ist die Republikanische Partei in den USA immer weiter nach rechts gerückt. Obwohl das Aufkommen der Tea Party nahelegen mag, dass diese neue populistische Bewegung für eine wachsende Zahl desillusionierter Wähler attraktiv sein könnte, ist es weitaus wahrscheinlicher, dass dadurch der republikanische, nicht der demokratische Stimmenanteil gespalten wird – denn mindestens 80 Prozent der Unterstützer der Tea Party sind Republikaner oder neigen zur Republikanischen Partei.

#### 4. Die Zukunftsperspektiven der Demokraten

Unserer Ansicht nach sind die Probleme und Zukunftsperspektiven der amerikanischen Demokraten begrifflich besser zu fassen, wenn man die beiden großen Herausforderungen betrachtet, vor denen sie gerade stehen: die *organisatorische Herausforderung* und die *definitive Herausforderung*. Wir sind des Weiteren der Meinung, dass diese beiden Herausforderungen, zusammen mit der oben genannten Aufgabe der Koalitionsbildung, einen brauchbaren Ansatz liefern, die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den US-amerikanischen Demokraten und den europäischen sozialdemokratischen Parteien in Begriffe zu kleiden.

#### »Organizing for America«

Betrachten wir zunächst die organisatorische Herausforderung. Alle großen politischen Bewegungen versuchen die Zahl der sich politisch Engagierenden zu erhöhen. Entweder ermutigen sie eine neue Generation, sich zu beteiligen, oder sie können Menschen erneut inspirieren, die sich schon zurückgezogen hatten. Das trifft mit Sicherheit auf den Präsidentschaftswahlkampf von 2008 zu. Seitdem ist viel über die Innovationen im Wahlkampf durch das Internet, den Einsatz von sozialen Netzwerken und deren Möglichkeiten zur Spendensammlung und Wählermobilisierung geschrieben worden. Einerseits ist es schon richtig, dass Technologie im Wahlkampf eine entscheidendere Rolle gespielt hat als je zuvor. Obama hat fast drei Viertel seiner 687 Millionen US-Dollar von vier Millionen Menschen online eingeworben, 13 Millionen Menschen ließen sich in den Verteiler für den Newsletter eintragen und zahllose Stadtteilveranstaltungen und Wahlkampfaktivitäten wurden über das soziale Netzwerk MyBarackObama.com organisiert. Trotzdem sollte man nicht vergessen, dass Obamas Taktiken im Grunde althergebrachte Mittel sind. Der Hauptfokus lag auf der Mobilisierung der Basis, der persönlichen Ansprache von Wählern und der Dauerwahlpropaganda. Der Erfolg von Obamas Wahlkampf bestand darin, dass sein Team eine einzigartige Struktur aufbauen konnte, die von den neuesten Instrumenten für Organisation und Informationsmanagement geprägt und gleichzeitig mit den klassischen Modellen des Wahlkampfs vor Ort gekoppelt war.

Bevor Obama sein Amt antrat, wurde viel darüber spekuliert, wie diese neuen Wahlkampf- und Organisationstechniken – sowie Obamas berüchtigter E-Mail-Verteiler – eingesetzt werden und den politischen Prozess in Washington verändern würden. Viele glaubten an die Möglichkeit, die Kräfte der neu inspirierten Bewegung zu nutzen, um den Kongress – und insbesondere jene Repräsentanten und Senatoren, die nicht hinter Obamas Reformen standen – unter Druck zu setzen und somit für Obamas Reformprogramm zu stimmen. Mit der Etablierung einer neuen Einheit – Organizing for America – innerhalb des Democratic National Committee ging die Hoffnung einher, dass man die Aufbruchstimmung und die Dynamik des Wahlkampfs innerhalb der Demokratischen Partei institutionalisieren könne.

Warum hat sich dann der Übergang vom Wahlkampf zur Regierungstätigkeit als schwieriger erwiesen als von einigen erhofft? Warum ist es dem neuen Präsidenten so schwergefallen, die Aufbruchstimmung innerhalb der breiteren progressiven Bewegung, die ihn ins Amt gebracht hat, zu erhalten oder immer wieder neu zu mobilisieren?

Zum einen war es für den Wahlkampf gegen die Inkompetenz der vorhergehenden Administration nicht notwendig, dass all die von der alten Regierung Enttäuschten und Frustrierten sich darüber einig waren, wie die von ihr verursachten Probleme gelöst werden sollten. Es ging schlicht darum, »sie aus dem Amt zu jagen«. Mit Übernahme der Regierungstätigkeit und damit auch der Politikgestaltung genügten jedoch kleine Details, um vormals miteinander verbündete und übereinstimmende Kräfte zu spalten, selbst wenn sie eigentlich dieselben Werte oder langfristigen politischen Ziele vertraten. Als Beispiel sei hier die Debatte um die staatliche Krankenversicherung (*public option*) im Rahmen der Gesundheitsreform genannt. Die Techniken, die sich im Wahlkampf als so nützlich erwiesen hatten, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, schienen weniger geeignet, um innerhalb der progressiven Bewegung Konsens zu erzielen und dann zum gemeinsamen Angriff zu blasen. Obwohl die außerparteiliche progressive Infrastruktur in den USA nach wie vor wesentlich entwickelter ist als in Europa, schien und scheint das Weiße Haus gelegentlich recht isoliert zu sein.

Zum anderen erwies es sich als wesentlich schwieriger als erwartet, die Zustimmung der Abgeordneten der verschiedenen Strömungen innerhalb der Demokratischen Partei zur Reformagenda zu erhalten. Das hatte man sich insbesondere angesichts der großen Mehrheiten der Partei sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat nicht so vorgestellt, aber vielleicht ist genau das der Grund dafür. Auch wenn Obama zumindest anfangs sogar noch für eine parteiübergreifende Unterstützung für sein Konjunkturprogramm, die Gesundheitsreform und eine weitreichende legislative Agenda warb, so kam am Ende doch nur ein pragmatischer Ansatz der Regierungsführung dabei heraus, der auch eine Rückkehr zum traditionelleren Stil der Politik in Washington beinhaltete, einschließlich Feilschereien und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen – eine Vorgehensweise, die viele Bürger nicht von Präsident Obama erwartet hatten.

Während also die Gesetzesreformen der ersten 18 Monate der neuen Administration als sehr erfolgreich – wenn nicht gar historisch – einzustufen sind, ist paradoxerweise die Begeisterung unter demokratischen Aktivisten und Wählern für die neue Regierung auf einem Rekordtief angelangt. Dies scheint zu bedeuten, dass es aus Sicht der breiteren progressiven Bewegung zum Mandat Präsident Obamas gehört hätte, nicht nur den Inhalt, sondern auch das Verfahren der Regierungsarbeit zu verändern.

Es spricht vieles dafür, soziale Bewegungen mehr an den Diskussionen zur politischen Gestaltung zu beteiligen. Denn die Debatte profitiert nicht nur von deren Expertenwissen zu den gerade anstehenden politischen Aufgaben, sondern durch ihre Miteinbeziehung wird diesen Gruppen auch ein besseres Verständnis für die beim Regieren erforderlichen Kompromisse vermittelt. Außerdem fühlen sie sich dann für die ausgehandelten Entscheidungen mitverantwortlich und verfügen über mehr Insiderwissen, auf dessen Grundlage sie ihre Mitglieder mobilisieren können, um für die politischen Maßnahmen der Regierung zu werben und sie zu unterstützen.

Das berechtigte oder unberechtigte Gefühl des Ausgeschlossenseins – und die daraus folgende Enttäuschung –, die manche Aktivisten und Meinungsbildner innerhalb der progressiven Gemeinschaft derzeit verspüren, trägt zweifellos dazu bei oder ist gar Auslöser dafür, dass die Begeisterung in der demokratischen Wählerschaft im Vorfeld der Zwischenwahlen vom November zu wünschen übrig lässt. Angesichts der Tatsache, dass diese Bewegungen sich häufig nicht für die legislative Arbeit der Demokraten mitverantwortlich fühlen, sind sie auch keine überzeugten Fürsprecher für sie. Aktivisten sind heute nicht mehr so ehrerbietig wie früher. Diese Lektion hatte Obamas Wahlkampfteam gelernt, denn die Losung *respect, empower, include* (Respektieren, Befähigen, Einbinden) war Teil seiner Kampagne. Genau dieselben Aktivisten wollen heute am Regierungsprozess beteiligt werden. Die Demokratische Partei und die Regierung müssen offen sein für eine solche Möglichkeit und sollten sogar die dafür erforderliche Zeit und Technologie investieren, um diese Teilhabe zu ermöglichen.

## Den Fortschritt definieren

Die zweite zentrale Herausforderung für die Demokraten, um die oben angesprochenen demografischen Verlagerungen für sich zu nutzen und von ihnen zu profitieren, ist definitorischer Natur. Wie schon gesagt hat Präsident Obama sein Amt zu einer Zeit angetreten, als die Weltwirtschaft vor dem Zusammenbruch stand, die inländischen und internationalen Finanzmärkte in Aufruhr waren und die amerikanische Automobilindustrie am Rande des Bankrotts stand, um nur einige der Umstände zu nennen. Diese nationalen und globalen Krisen erforderten dringende und sofortige Reaktionen. Als in all diesen Bereichen, und auch im Gesundheitswesen, entschieden gehandelt wurde, blieb keine Zeit um zu definieren, welche Fortschritte erreicht werden sollen, geschweige denn, eine breiter angelegte progressive Vision für die amerikanische Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu präsentieren. Dieses Versäumnis äußert sich nun vor allem im fehlenden Verständnis der Öffentlichkeit für die Vorstellungen des Präsidenten zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und zur Steuerung der Wirtschaft.

In der Einleitung haben wir auf die gegenwärtigen Spannungen zwischen den neueren Meinungstrends, die eine stärkere Rolle des Staates befürworten, und dem historisch tief sitzenden Misstrauen bezüglich der Rolle des Staates in der US-amerikanischen Gesellschaft hingewiesen. Daher ist die Frage der Glaubwürdigkeit und Leistung progressiver Politik in den USA nuancierter als in Europa, wo ein schlechtes Wahlergebnis der Sozialdemokraten darauf zurückgeführt werden kann, dass sie nicht in der Lage waren, den Staat und die Regierungspolitik dazu zu nutzen, erfolgreich eine sozial gerechte sozialdemokratische Politik zu verfolgen. Heute sind viele der in den USA über Gesetzesinitiativen ausgetragenen Kämpfe – sei es um die Gesundheitsreform, die Energiepolitik oder die Regulierung des Finanzsektors – letztlich Stellvertreterkämpfe darum, ob der Staat in der amerikanischen Gesellschaft *überhaupt* als Kraft für die gute Sache zu nutzen sei, unabhängig von den Leistungen der einen oder anderen Partei.

Während jeder dieser Kämpfe einzeln ausgefochten werden muss und in Abhängigkeit von der Qualität der jeweiligen Argumente gewonnen oder verloren wird, könnte die Einbettung jedes einzelnen Kampfes in eine Meistererzählung, die sich eindeutig für eine modernisierte Regierung ausspricht, im Laufe der Zeit

diese allgemeine Grundüberzeugung verändern, wodurch jeder weitere Kampf ein wenig leichter zu gewinnen wäre. Überdies hat gerade das Fehlen einer solchen Erzählung ein Vakuum geschaffen, in dem es Gegnern des Präsidenten und der progressiven Bewegung gelungen ist, ihre Vision zu definieren. Obwohl die Anschuldigungen der reaktionären konservativen Bewegung sowie ihre Versuche, die Agenda Obamas als »sozialistisch«, »kommunistisch« oder »faschistisch« zu etikettieren, unverantwortlich und enttäuschend sind, haben sie doch Wirkung gezeigt und dürfen nicht unwidersprochen stehen bleiben. In dieser Hinsicht ist in den USA die Glaubwürdigkeit – vielleicht wäre auch »Legitimität« der treffendere Begriff – von staatlichem Handeln sehr eng mit Themen des vorherrschenden öffentlichen Diskurses verknüpft.

Es ist jetzt dringend erforderlich, dass die Progressiven eine schlüssige Vorstellung vom Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft im 21. Jahrhundert artikulieren. In dieser Vorstellung muss sowohl klar umrissen werden, wie die neue dynamische US-amerikanische Wirtschaft in einigen Jahren aussehen wird – bzw. aussehen soll –, als auch erklärt werden, welche Rolle der Staat zur Unterstützung und Ermöglichung dieses Wandels spielen soll. Diese Vision muss in einer Sprache formuliert und mit Werten ausgestaltet werden, die bei den meisten Amerikanern Anklang finden. Es ist weder anti-amerikanisch, Chancengleichheit, Wohlstand und Gerechtigkeit zu propagieren, noch ist es anti-amerikanisch, die Instrumente des Staates dafür einzusetzen.

Allerdings ist es nicht ausreichend, einfach festzustellen, dass eine neue, verbesserte Rolle des modernen Staates notwendig ist, um den künftigen Wohlstand Amerikas zu sichern – sei es durch den Wandel hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft, durch Investitionen in Forschung und Technologie, durch die Kontrolle und Aufsicht über Wall Street und amerikanische Großunternehmen oder die Schaffung von Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für amerikanische Arbeitnehmer, um sich die Kenntnisse und Fähigkeiten für die Arbeitsplätze von morgen anzueignen. Diese Feststellung allein reicht nicht aus, um die Rolle des Staates in den Augen der meisten Amerikaner zu rehabilitieren. Die erneute Behauptung, dass staatliches Eingreifen notwendig sei, muss mit einer Agenda einhergehen, die auch auf die Reform und Modernisierung der Regierung abzielt, um sicherzustellen, dass die Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt und ihre Ziele so effektiv und effizient

wie möglich erreicht. In der nächsten Phase progressiver Politik in Amerika ist nicht nur eine Marktreform, sondern auch eine Staatsreform anzustreben.

Mit Beginn des Wahlkampfes von 2010 würden die Progressiven in den USA gut daran tun, diese Herausforderungen vor Augen zu haben. Wenn sie von den für sie offensichtlich günstigen langfristigen demografischen Trends profitieren wollen, müssen sie auch im Hinblick auf die Argumente, die sie Tag für Tag in der Wahlkampfmühle vorbringen, eine langfristige Perspektive einnehmen. Es ist an der Zeit, sich wieder bestimmt und langfristig dafür einzusetzen, dass die amerikanische Regierung auch Gutes bewirken kann.

## 5. Schlussbemerkung: Aussichten für einen progressiven transatlantischen Dialog

Die Aussichten für einen zukünftigen transatlantischen Dialog könnten sich als besser erweisen, als so mancher sich vorgestellt hat, wenn man sie aus der Perspektive der organisatorischen und definitorischen Herausforderungen betrachtet, denen Progressive gegenüberstehen. Wir behaupten sogar, dass die Progressiven genauso von einer Diskussion über die Unterschiede in den Herausforderungen auf beiden Seiten des Atlantiks profitieren würden wie von einer Diskussion über die Ähnlichkeiten.

### Den Aufbruch organisieren

Was beispielsweise die organisatorische Herausforderung betrifft, könnte man auf den ersten Blick vermuten, dass die sich grundlegend voneinander unterscheidenden Wesensarten der amerikanischen Demokratischen Partei, die im Prinzip ein Labyrinth aus Wahlausschüssen und Parteiorganen ist, und den europäischen parlamentarischen Parteien kaum eine Basis für eine fruchtbare Diskussion bieten. Bei genauerer Überlegung kann man jedoch viel aus den relativen Stärken und Schwächen der jeweils anderen Organisation lernen.

Wie oben angesprochen, muss die Demokratische Partei daran arbeiten, die breitere progressive Bewegung zu institutionalisieren, oder zumindest effektiver mit ihr zusammenarbeiten. An diesem Punkt könnten die Progressiven in den USA von der disziplinierteren und strukturierteren Natur der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien in Europa lernen. Im US-amerikanischen System hat es sich als

schwierig erwiesen, die Dynamik und die Aufbruchstimmung der progressiven Bewegung während des Wahlkampfes in eine Unterstützung für die Regierung umzuwandeln – ein größeres Ausmaß an institutionalisierter oder strukturierter Zusammenarbeit zwischen der Partei und der Bewegung könnte dafür sehr hilfreich sein.

Dagegen wird in Europa immer häufiger darüber debattiert, ob parlamentarische Parteien flexibler werden sollten. Der Vorteil des europäischen Systems ist, dass sowohl eine gemeinsame Geschichte als auch eine Bewegung für die gemeinsame Sache innerhalb einer strukturierten Körperschaft institutionalisiert ist – oder zumindest war. Es ist allerdings immer offensichtlicher geworden, wie schwierig es ist, Parteien derart zu öffnen, dass sie neue Gruppen ansprechen und auf sie zugehen sowie auf neue Themen reagieren können. Wir müssen jetzt Überlegungen anstellen, wie neue Technologien und Organisationsmethoden miteinbezogen werden können, denn beide erfordern oft ein grundsätzliches Umdenken, wie Politik zu betreiben und zu organisieren ist. Das Internet, Interessensgruppen und soziale Netzwerke können nicht einfach an bestehende Strukturen »angeschraubt« werden, jedenfalls nicht, wenn sie effektiv genutzt werden sollen.

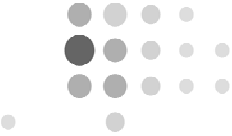
Unseres Erachtens nach wäre eine Untersuchung lohnenswert, wie die Progressiven den goldenen Mittelweg zwischen der Flexibilität, Innovationskraft und Dynamik US-amerikanischer Wahlkampfkomitees und der Disziplin, Struktur und Hierarchie europäischer parlamentarischer Parteien erreichen könnten.

### Eine neue progressive Agenda

Ebenso ist es höchste Zeit, tiefergehende Diskussionen über die Formulierung einer gemeinsamen progressiven politischen Agenda zu beginnen. Am vordringlichsten ist dies im Hinblick auf eine Vision für die wirtschaftliche Erneuerung nach Überwindung der Krise.

Vor anderthalb Jahren kämpften progressive Parteien in ganz Europa darum, sich von ihren politischen Gegnern, der Christdemokratie und der rechten Mitte, abzugrenzen, von denen viele versucht hatten, der globalen Finanzkrise zu begegnen, indem sie keynesianische Konjunkturprogramme und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur sozialen Absicherung propagierten, die normalerweise mit den





Sozialdemokraten assoziiert werden. Aufgrund dieser Besetzung des politischen Terrains der Sozialdemokraten fanden sich Progressive letztlich von ihren politischen Gegnern von links und rechts eingeklemmt. Beim G20-Gipfel in London unterstützten die Staats- und Regierungschefs jeglicher politischer Couleur die Forderung nach konzertierten und koordinierten globalen Konjunkturprogrammen.

Nur ein Jahr später haben sich die politischen Maßnahmen ins Gegenteil verkehrt. In ganz Europa stehen jetzt eine Reihe strenger Sparmaßnahmen an. Diese Programme werden von progressiven Regierungen in Spanien und Griechenland mit derselben Überzeugung umgesetzt wie von den neu gewählten konservativ-liberalen Koalitionen in Großbritannien und Deutschland. Es scheint, dass alle Europäer im Sinne der Politik Herbert Hoovers darauf setzen, dass Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen ihre Wirtschaftskraft stärken werden.

Im Gegensatz dazu verfolgt Präsident Obama in den USA seine ambitionierte wachstumsorientierte Agenda mit Programmen zur Konjunkturankurbelung weiter. Präsident Obama und sein Finanzminister Geithner warnen immer wieder vor den langfristigen wirtschaftlichen Gefahren, die ein Abweichen von diesem Kurs und verfrühte Sparmaßnahmen heraufbeschwören würden. Sowohl in Europa als auch in den USA ist die Langzeitarbeitslosigkeit seit langem konstant hoch – und könnte weiter steigen –, und die Gefahr einer Deflationsfalle ist allgegenwärtig. Paul Krugman merkte an, dass das Wiederaufkommen der alten ökonomischen Orthodoxie nicht nur in Europa, sondern auch in den USA den langfristigen Beschäftigungszuwachs und den Wirtschaftsaufschwung gefährde. Für Progressive ist dieser Ansatz besonders besorgniserregend, weil er einen durch und durch unprogressiven Führungsstil begünstigt, der die Fähigkeit glorifiziert, in schwierigen Zeiten andere Menschen leiden zu lassen.

Mehr als jede andere scheint es diese Problematik zu sein, die Europa und die USA wieder weiter auseinanderdriften lässt. Heute sind es die Progressiven in den USA, die im Zangengriff feststecken. Die neue Regierung steht international allein da, weil es ihr nicht gelungen ist, einen erneuten weltweiten Konsens für weitere, den kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung sicherstellende Konjunkturankurbelungspakete herbeizuführen. Innenpolitisch hat sie mit dem

Widerstand von konservativen Demokraten und Republikanern im Kongress gegen das Programm zur finanziellen Unterstützung der Bundesstaaten zu kämpfen. Es ist heute mehr denn je unabdingbar, dass Progressive in Europa und den USA partnerschaftlich zusammenarbeiten, um ein progressives Wachstumsmodell als Alternative zur konservativen Wirtschaftsorthodoxie zu definieren. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass die Zukunft der progressiven Politik von unserer Fähigkeit abhängt, eine solche Alternative zu entwickeln.

## Literatur

- Bai, Matt** (2006): The Inside Agitator, in: *New York Times* vom 1.10.2006.
- Browne, Matt; Halpin, John; Teixeira, Ruy** (2009): *The European Paradox*, Center for American Progress (September 2009).
- Cheeseman Day, Jennifer; Bauman, Kurt J.** (2000): Have We Reached the Top?: Educational Attainment Projections of the US Population, in: *Census Bureau Population Division: Working Paper Series Nr. 43* (Mai 2000).
- Frey, William** (2009): How Did Race Affect the 2008 Presidential Election?, in: *Population Studies Center Research Report*, University of Michigan, September 2009.
- Frey, William** (2010): Analysis of 2000–2008 Census Population Estimates Data for State of Metropolitan America, Brookings Institution.
- Frey, William** (2010): State of Metropolitan America, Brookings Institution.
- Halpin, John; Agne, Karl** (2009): *State of American Political Ideology, 2009: A National Study of Political Values and Beliefs*, Center for American Progress (März 2009).
- Jones, Jeffrey M.** (2010): *Party ID: Despite GOP Gains, Most States Remain Blue*, Gallup Organization (1.2.2010).
- Maschonas, Gerassimos** (2008): *Lower Classes or Middle Classes? Socialism and its Changing Constituencies in Great Britain, Sweden and Denmark*, Vortrag im Council for European Studies (5.3.2008).
- Maschonas, Gerassimos** (2010): The Electoral Dynamics of European Social Democratic Parties (1950–2008) in: Cronin, J., Ross, G.; Shoch, J. (Hrsg.): *Futures of the Left*. Durham, NC: Duke University Press.
- Madland, David; Teixeira, Ruy** (2009): *New Progressive America: The Millennial Generation*, Washington, DC (Mai 2009).
- Osterman, Paul** (2008): College for All?: The Labor Market for College-Educated Workers, in: Center for American Progress (August 2008).
- Petrocik, John** (2009): Measuring Party Support: Leaners Are Not Independents, in *Electoral Studies*, 28:4 (Dezember 2009): 562–572.
- Pew Research Center** (2010): Voting Intentions Even, Turnout Indicators Favor GOP, 1.7.2010.
- Pew Research Center** (2010a): Millennials: A Portrait of Generation Next, Washington DC (Februar 2010).



## Über die Autoren

**Matt Browne** ist Wissenschaftler am »Center for American Progress« (CAP) sowie Kodirektor und Gründer des »Progressive Studies Program« beim CAP.

**John Halpin** ist Wissenschaftler am »Center for American Progress« (CAP) sowie Direktor des »Global Progress Program at American Progress«.

**Ruy Teixeira** ist Wissenschaftler der »Century Foundation« und dem »Center for American Progress« sowie Gastwissenschaftler an der »Brookings Institution«.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)